

LIFE – Klimaschutz geht uns alle an!

LIFE steht für eine liechtensteinische Initiative, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Finanzinstrumente zu fördern, welche in den Emissionshandel investieren und dadurch den Investoren ermöglichen, den Klimaschutz nachhaltig zu unterstützen.

von Simon Tribelhorn, Christoph Weder (LBV) und Sven Braden (Amt für Umweltschutz)

Extreme Wetterverhältnisse und deren Folgen, einschliesslich Stürmen, Überflutungen, Dürren, Ernteausfällen und Waldbränden etc., haben bereits heute hohe Kosten verursacht. Howard Stern, der ehemalige Chefökonom der Weltbank, veröffentlichte im Oktober 2006 eine Studie – besser bekannt unter dem Namen „Stern-Report“ –, in welcher er die Folgekosten der Klimaveränderung denjenigen Kosten gegenüberstellte, die für eine Stabilisierung des Klimas notwendig wären. Dadurch sollte insbesondere den reichen Industrienationen, so Howard Stern, klar werden, dass ein Ignorieren des Klimawandels früher oder später das Wirtschaftswachstum eines jeden Staates gefährdet. Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen seien deshalb als Teil einer langfristigen Wirtschaftsstrategie zu begreifen. Prof. Andreas Fischlin von der ETH Zürich und Friedensnobelpreisträger 2007 formulierte das anlässlich der Finanzperspektiven vom 6. November 2008 in Vaduz etwas anders, aber ebenso prägnant: „Kümmern wir uns nicht um den Klimaschutz, dann werden weitere Finanzkrisen folgen.“

Klimaschutz als ökonomische Notwendigkeit

Die Vereinten Nationen einigten sich bereits in den 90er Jahren auf ein internationales Rahmenübereinkommen zum Klimaschutz (UN-Klimakonvention) sowie auf das sogenannte Kyoto-Protokoll. Das Kyoto-Protokoll trat im Jahre 2005 in Kraft – ihm sind bis heute 177 Staaten beigetreten, darunter insgesamt 39 Industrienationen. Mit dem Beitritt zum Kyoto-Protokoll haben sich die Unterzeichnerstaaten dazu verpflichtet, die landesweiten Treibhausgasemissionen bis 2012 um 8 Prozent unter den Wert von 1990 zu reduzieren.

Das Kyoto-Protokoll sieht für Staaten oder Staatengemeinschaften die Möglichkeit vor, eine gemeinsame Verpflichtung einzugehen. Von dieser Möglichkeit hat die Europäische Union (EU) Gebrauch

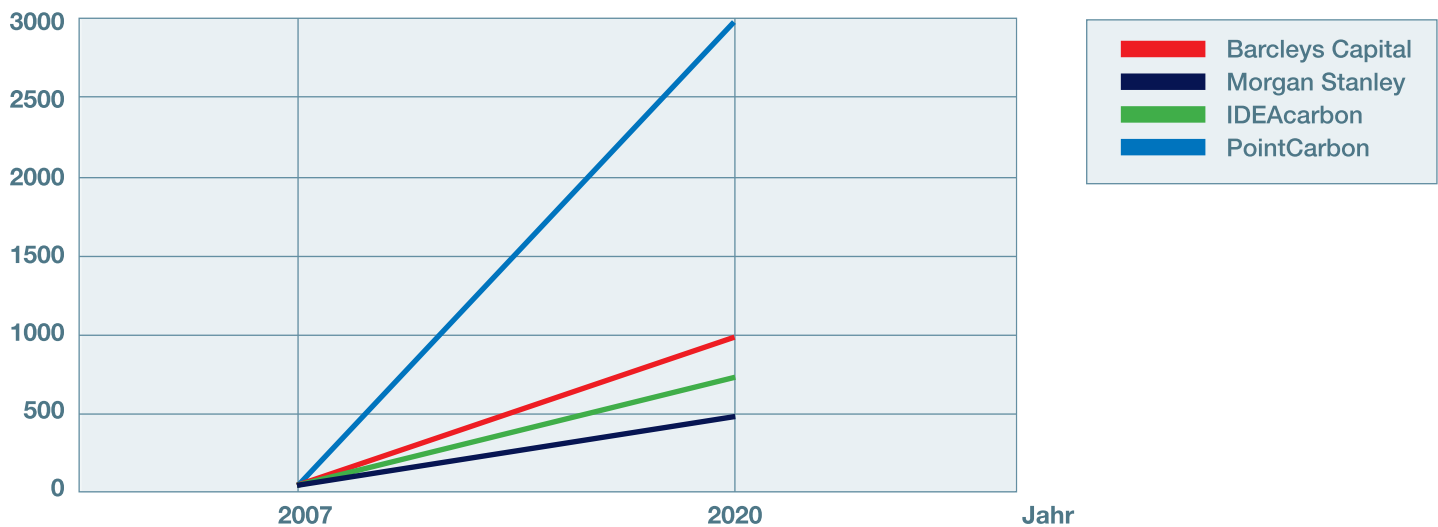
gemacht. Um vereint innerhalb des ganzen europäischen Binnenmarktes der globalen Erwärmung und deren Folgen entgegenzuwirken, hat die EU 1997 die Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll übernommen. Gestützt darauf einigten sich die EU-Staaten auf ein grenzüberschreitendes Emissionshandelssystem. Dieses wurde mit der EU-Emissionshandelsrichtlinie per Oktober 2003 verwirklicht. Hinter dem Emissionshandelssystem steht der Gedanke, unserer Atmosphäre einen monetären Wert zu geben. Durch die Ausgabe begrenzter Emissionskontingente an Staaten und Unternehmen wird eine Situation von Angebot und Nachfrage geschaffen.

„Hinter dem Emissionshandelssystem steht der Gedanke, unserer Atmosphäre einen monetären Wert zu geben.“

Durch Emissionshandel zu marktbasierem Klimaschutz

Liechtenstein hat die Klimakonvention sowie das Kyoto-Protokoll unterzeichnet und ist damit ebenfalls die entsprechende Verpflichtung eingegangen, die Treibhausgase bis 2012 um 8 Prozent unter den Wert von 1990 zu reduzieren. Gestützt darauf sowie auf seine Verpflichtung als EWR-Mitgliedsstaat zur Umsetzung der EU-Emissionshandelsrichtlinie hat Liechtenstein 2007 ein Emissionshandelsgesetz verabschiedet. Privatwirtschaftliche Unternehmen können damit von Liechtenstein aus Klimaschutzprojekte im Ausland unter dem Kyoto-Regime realisieren und über das

Mrd. Dollar



Fortsetzung von Seite 15

liechtensteinische Emissionshandelsregister am weltweiten Handel mit Emissionsrechten teilnehmen. Am 21. Oktober 2008 wurde das nationale Emissionshandelsregister Liechtensteins offiziell mit dem Emissionshandelssystem der UNO und der EU verknüpft. Mit diesem letzten Schritt konnte die zweijährige Vorbereitungsphase erfolgreich abgeschlossen werden. Somit besteht nun nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich die Möglichkeit, am internationalen Emissionshandel in, aus und über Liechtenstein teilzunehmen.

Liechtenstein nimmt seit 2008 am Emissionshandel teil

Inzwischen sind auch viele Finanzdienstleister auf den internationalen Emissionshandel aufmerksam und sich ihrer Rolle als Intermediär bewusst geworden. Sie nehmen eine wichtige Schnittstelle in der gesamten Wertschöpfungskette des Emissionshandelssystems ein. Vor allem wenn es darum geht, das im Emissionshandel nötige Kapital bereitzustellen oder zu vermitteln. Ihre Aufgabe ist es, Kapitalströme hin zum Einsatz von klimafreundlichen und energieeffizienten Technologien zu lenken. Letztlich helfen die Finanzdienstleister somit, dass Klimaschutzprojekte überhaupt finanziert, realisiert und umweltfreundliche Technologien gefördert werden können. Mit neuen Finanzprodukten ermöglichen die Finanzintermediäre ihren Kunden zudem, in Emissionshandelszertifikate, umweltfreundliche Technologien oder Klimaschutzprojekte zu investieren und dadurch ihrerseits einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Vor diesem Hintergrund haben denn auch mehrere Finanzdienstleister bereits etliche entsprechende Finanzprodukte lanciert. So bestehen mehrere Anlagefonds, die in Emissionshandelszertifikate investieren. Die Rendite dieser Anlagefonds hängt dabei direkt vom Preis der zugrunde liegenden Emissionshandelszertifikate ab. Diesen wiederum wird mit der künftig zunehmenden Verknappung

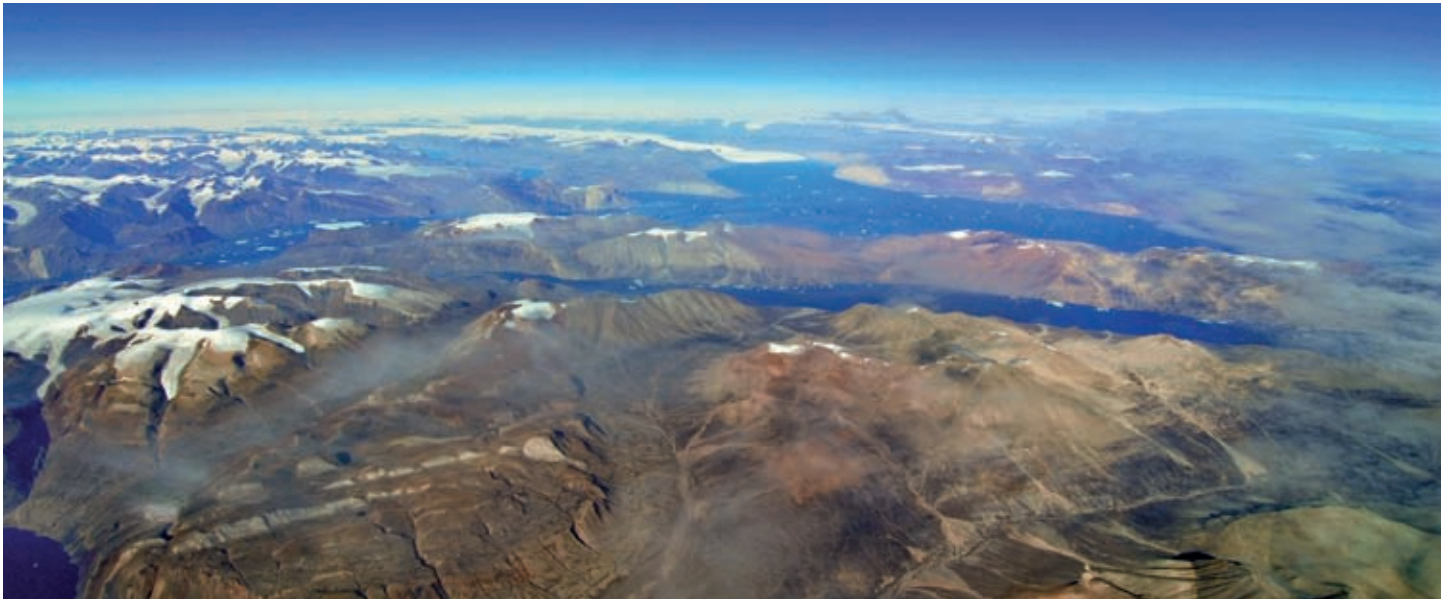
der zulässigen Emissionen in Expertenkreisen ein starker Anstieg prognostiziert.

Komplexes System

Nichtsdestotrotz blieb der Einfluss und die Beteiligung der Finanzintermediäre bis anhin hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück und es hätten sich vergleichsweise wenig Finanzintermediäre auf dem Emissionshandelmarkt betätigt. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie vom Oktober 2007 der französischen Beratungsgesellschaft CELENT. Nach Angaben der Weltbank belief sich das Handelsvolumen im Jahr 2007 innerhalb der EU auf rund 50 Milliarden Dollar. Der Grossteil der Transaktionen von Emissionsrechten erfolgte dabei im Rahmen sogenannter OTC-Geschäfte (Over-the-Counter, direkte Transfersgeschäfte zwischen Käufer und Verkäufer). Im Jahr 2006 lag die OTC-Quote bei 72 Prozent. Lediglich 28 Prozent aller Transaktionen wurden somit über Handelsplätze abgewickelt. Der Grund dafür dürfte darin liegen, dass hinter den globalen Emissionshandelsmärkten ein komplexes System steht, welches spezifisches Wissen erfordert. Genau an diesem Punkt setzt LIFE an.

LIFE will aufklären und bewegen

LIFE steht für die „liechtensteinische Initiative des Finanzplatzes im Emissionshandel“. LIFE wurde Mitte dieses Jahres vom liechtensteinischen Bankenverband zusammen mit der Regierung des Fürstentums Liechtenstein sowie in Kooperation mit der Hochschule Liechtenstein ins Leben gerufen (s. hierzu auch Bankenmagazin Nr. 8 vom Oktober 2008). Ziel von LIFE ist es, das für eine Teilnahme am Emissionshandel erforderliche Wissen bereitzustellen sowie die Synergien eines modernen, effizienten Finanz- und Industriestandorts und des globalen Emissionshandels zu nutzen.



Die Initianten sind fest davon überzeugt, dass Liechtenstein hierfür mit der Teilnahme am schweizerischen und am europäischen Wirtschaftsraum, der Vollmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen, der Implementierung des Emissionshandelsregisters, einem innovativen Industriesektor sowie einem international ausgerichteten Finanzplatz über die optimalen Rahmenbedingungen verfügt. Ferner sind die Initianten davon überzeugt, dass im Emissionshandel ein enormes Wachstumspotenzial steckt und die Bedeutung, die dem internationalen Emissionshandel in Zukunft beizumessen ist, die Einbettung dieses Instruments in das Tagesgeschäft eines jeden Brokers, Bankers und Versicherers unverzichtbar machen.

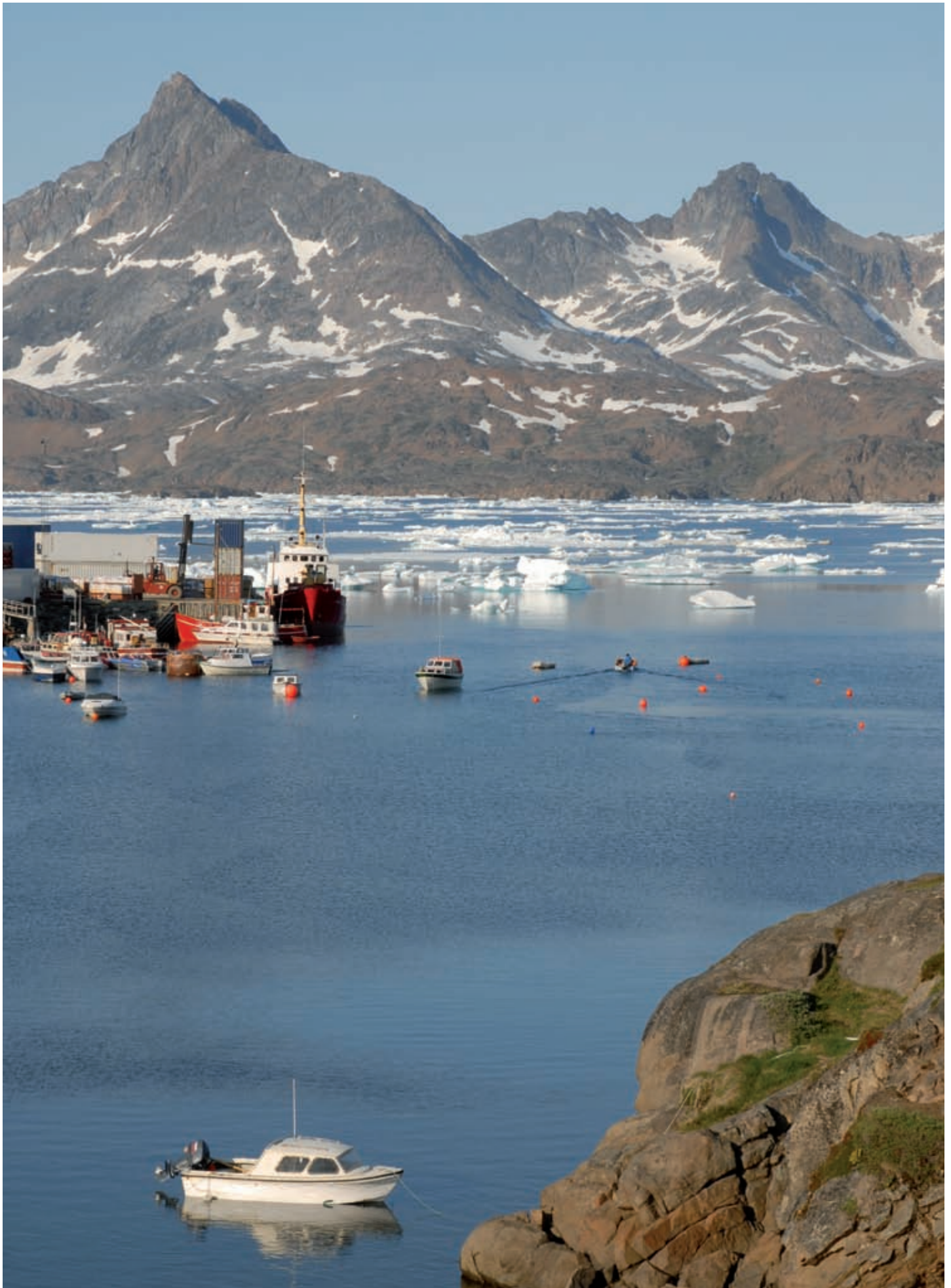
Volumenträchtiger Markt

Marktexperten trauen dem Emissionshandelmarkt bis zum Jahr 2020 ein weltweites Handelsvolumen bis zu 3 Billionen US-Dollar zu. Diese Einschätzung sei vor dem Hintergrund zu sehen, dass ähnlich wie im EWR auch in anderen Regionen der Welt unternehmensbasierte Emissionshandelssysteme entstehen. Entsprechende Ankündigungen gibt es aus Kanada (2010), Australien (2010) und Neuseeland (Frühjahr 2009). Dass diese Einschätzungen durchaus realistisch sind, demonstrierte die am 12. Dezember 2008 zu Ende gegangene 14. Welt-Klimakonferenz der Uno in der westpolnischen Stadt Poznan. Anlässlich dieser bekräftigte die internationale Staatengemeinschaft erneut, den Kampf gegen Klimaerwärmung und Treibhausgas-Emissionen trotz der derzeitigen wirtschaftlichen Probleme weiterführen und den Nachfolgevertrag zum Kyoto-Protokoll, das 2012 ausläuft, abschliessen zu wollen. Das neue Abkommen soll Ende 2009 in Kopenhagen beschlossen werden. Zudem wird erwartet, dass die USA unter dem neuen Präsidenten ab 2009 ebenfalls ein landesweites Emissionshandelssystem etablieren werden. Sollte

ferner der geplante Einbezug des europäischen Luft- und Frachtschiffverkehrs Realität werden, könnte der Handel mit Emissionszertifikaten durchaus zu einem weltweit riesigen und sehr volumenträchtigen Markt avancieren. Aufgrund dieser sehr aussichtsreichen Ausgangslage hat LIFE inzwischen breite Unterstützung auch von den übrigen tragenden Finanzplatzverbänden in Liechtenstein erhalten. Um dem Projekt ein Gesicht zu geben, haben die Regierung des Fürstentums Liechtenstein, der Bankenverband, die Treuhändervereinigung, der Anlagefondsverband sowie die Hochschule Liechtenstein am 5. November 2008 die Absicht erklärt, die bisherige Initiative in eine gemeinnützige Stiftung nach liechtensteinischem Recht zu überführen. Durch die Beteiligung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik wird ermöglicht, dass die Stiftung im Sinne einer echten Private Public Partnership auftreten kann.

Gemeinnützigkeit und Private Public Partnership

Die Stiftung soll Ansprechstelle und Dienstleister der Verwaltung sein sowie einen aktiven Partner der Privatwirtschaft darstellen. Entsprechend den Zielsetzungen der Initiative sollen die Stiftungsaktivitäten primär der Forschung und Förderung von marktbasieren Klima- und Umweltmechanismen zum Erreichen der im Kyoto-Protokoll gesetzten Klimaschutzziele dienen. Vor diesem Hintergrund soll die Stiftung auch bezwecken, Liechtenstein als Kompetenzzentrum im Bereich des Emissionshandels sowie von Produkten im Bereich des Klimaschutzes zu positionieren. Die Gründung der Stiftung ist für Anfang 2009 geplant.



Hafen in Tasilaq (Grönland)

Emissionshandel in Kürze

Der Liechtensteinische Bankenverband hat Fakten und Hintergründe zum Emissionshandel recherchiert und zusammengestellt.

Im Rahmen des Kyoto-Protokolls erhalten die Industriestaaten Emissionsrechte im Umfang ihrer Reduktionsverpflichtung. Eine Einheit berechtigt zur Emission einer Tonne CO₂. Jedes Land teilt diese Rechte im Rahmen des nationalen Emissionshandelssystems Unternehmen mit Reduktionsverpflichtungen zu. Innerhalb der EU fallen sämtliche Anlagen der Sektoren Energie, Eisenmetallerzeugung und -verarbeitung, mineralverarbeitende Industrie sowie Papier- und Pappeindustrie automatisch unter diese Reduktionsverpflichtungen. Die Betreiber dieser Anlagen bedürfen zudem einer Emissionsgenehmigung. Entsprechend den pro Jahr emittierten Mengen an Treibhausgasen müssen die Betreiber die erhaltenen Zertifikate wieder abgeben. Haben sie durch Massnahmen bei der Anlage die Emissionen reduziert, verbleiben ihnen Zertifikate. Diese können sie an Betreiber anderer Anlagen verkaufen, welchen es nicht gelungen ist, ihre Emissionen zu senken respektive für die solche Massnahmen teurer geworden wären als der Zukauf von weiteren Zertifikaten. Unternehmen, welche über ihr Kontingent hinaus emittieren, müssen die fehlenden Gutschriften dazukaufen.

Neben den vom Staat vergebenen Zertifikaten werden in dem System auch Emissionsgutschriften aus Klimaschutzprojekten angerechnet. Durch die Verknüpfung solcher projektorientierter Zertifikate wird die Teilhabe am EU-Emissionshandel von Entwicklungsländern und Ländern, die sich im Übergang zur Marktwirtschaft befinden, über Europas Grenzen hinaus gewährleistet. Obwohl von Zertifikaten gesprochen wird, existieren diese nicht als Dokumente in Papierform, sondern ausschliesslich in digitaler Form. Der Handel findet in einem rein elektronischen System statt. Damit ein Land am Emissionshandel teilnehmen kann, ist der Auf-

bau eines Registers erforderlich. In diesem Emissionshandelsregister werden die Emissionszertifikate verbucht. Dabei handelt es sich um eine Internetanwendung ähnlich dem Online-Banking. Es können Transaktionen durchgeführt, Kontostände abgefragt und Emissionsrechte zur Erfüllung einer Emissionsreduktionsverpflichtung beim nationalen Konto eingereicht werden.

„Betrieben und betreut wird das liechtensteinische Emissionshandelsregister vom Amt für Umweltschutz.“

Um am Handel mit Emissionszertifikaten teilnehmen zu können, muss ein Teilnehmer lediglich ein Konto bei einem Emissionshandelsregister eröffnen. Dieses Konto kann mit einem Wertschriftendepot verglichen werden. In Liechtenstein kann jede natürliche und juristische Person ein solches Emissionshandelskonto eröffnen, ein Wohnsitz innerhalb der Landesgrenzen ist dabei nicht zwingend vorausgesetzt. Betrieben und betreut wird das liechtensteinische Emissionshandelsregister vom Amt für Umweltschutz. Wie und wo der Handel abläuft, ist dagegen nicht festgelegt. Er kann direkt zwischen Unternehmen (Over-The-Counter, kurz OTC), aber auch über Vermittler, d.h. eine Emissionshandelsbörse, stattfinden. In den vergangenen Jahren haben sich bereits mehrere solcher Börsen etabliert. Eine globale Handelsplattform bietet u. a. das transatlantische Börsenunternehmen NYSE Euronext mit der Umweltbörse BlueNext.